

Berlin, 30. März 2023

Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Berliner Registerstellen für das Jahr 2022



Sinkende Vorfallszahlen +++ Corona-Proteste enden +++ Ukraine-Krieg neues Thema für Verschwörungsgläubige ++++ Mehr Gewalt gegen trans Menschen

*Im Jahr 2022 erfassten die Berliner Registerstellen gemeinsam mit ihren Kooperationspartner*innen 4.156 Vorfälle (2021: 4.841) mit extrem rechtem, rassistischem, antisemitischem, LGBTIQ*-feindlichem, sozialchauvinistischem, behindertenfeindlichem und antifeministischem Hintergrund. Das ist ein Rückgang von ca. 700 Vorfällen und 14 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr.*

Im Durchschnitt wurden pro Tag ca. 11 Vorfälle dokumentiert. Alle Vorfallsarten gingen zurück. Lediglich bei Veranstaltungen und LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen wurden steigende Zahlen verzeichnet. **Angriffe** (2022: 255; 2021: 294) machen 6 Prozent der Gesamtzahl aus. 16 Prozent sind **Beleidigungen und Bedrohungen** (2022: 657, 2021: 732). Fälle von **struktureller Benachteiligung** haben einen Anteil von 8 Prozent an der Gesamtzahl (2022: 316; 2021: 398). **Propaganda** ist mit 59 Prozent aller Vorfälle die größte Kategorie (2022: 2.459; 2021: 2.951). **Veranstaltungen** gehen mit 8 Prozent in die Auswertung ein (2022: 341; 2021: 293), während **Sachbeschädigungen** (2022: 117; 2021: 141) und **Sonstige** Vorfälle (2022: 11; 2021: 32) zusammen 3 Prozent der Vorfälle ausmachen. 27 Prozent aller Vorfälle sind **rassistisch** motiviert (2022: 1.132; 2021: 1.428), 19 Prozent **antisemitisch** (2022: 810; 2021: 1043). 16 Prozent waren der **Verharmlosung des Nationalsozialismus** (2022: 655; 2021: 720) und 19 Prozent der **rechten Selbstdarstellung** (2022: 808; 2021: 776) zuzuordnen. 10 Prozent der Vorfälle richteten sich gegen **politische Gegner*innen** (2022: 407; 2021: 563), 6 Prozent waren **LGBTIQ*-feindlich** motiviert (2022: 239; 2021: 198), jeweils 1 Prozent waren **behindertenfeindlich** (2022: 56; 2021: 66), **sozialchauvinistisch** (2022: 22; 2021: 21) und **antifeministisch** (2022: 27; 2021: 26).

Mit der Corona-Pandemie waren in den Jahren 2020 und 2021 bestimmte Vorfälle angestiegen wie antisemitische und den Nationalsozialismus verharmlosende Propaganda, Angriffe auf Medienvertreter*innen am Rand von Demonstrationen, Sachbeschädigungen an Impfzentren, Beleidigungen und Bedrohungen gegen Politiker*innen, Virolog*innen und gegen Menschen, die auf die Maskenpflicht in geschlossenen Räumen hinwiesen. Mit dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen im Frühjahr 2022 nahmen diese Vorfälle ab. Der Rückgang betrifft alle inhaltlichen Themenfelder und alle Vorfallskategorien, bis auf Veranstaltungen und LGBTIQ*-feindliche Vorfälle.

Der Krieg in der Ukraine wurde als neues Thema aufgegriffen. Es entfaltete aber ein geringeres Mobilisierungspotenzial als der Protest gegen die Corona-Maßnahmen. Ein Teil des Protestmilieus, der vor der Pandemie bereits dem Reichsbürgerspektrum zuzuordnen war, ist Verschwörungsmythen treu geblieben und führte wöchentlich stattfindende Kundgebungen in Mitte durch. Die Inhalte der Veranstaltungen reichten von Q-Anon über Rassismus, von Coronaleugnung bis zur Verbreitung russischer Propaganda. Diese regelmäßigen Veranstaltungen hatten mit 10 bis 30 Teilnehmenden nur

wenig Zulauf. Es kamen jedoch neue Personengruppen zu den Verschwörungsgläubigen hinzu: Menschen aus der Friedensbewegung und aus linken Strömungen, die traditionell anti-imperialistisch, anti-kapitalistisch und anti-amerikanisch eingestellt sind. NS-Vergleiche blieben an der Tagesordnung und stiegen an.

Der Ukraine-Krieg wirkte sich auch auf einen weiteren Bereich aus: Es wurden weniger Fälle von struktureller Benachteiligung aus Beratungsstellen an die Registerstellen gemeldet. Diese berichteten, dass sie mit der Bearbeitung existentieller Probleme der geflüchteten Menschen aus der Ukraine beschäftigt waren, die Unterkunft, Aufenthalt, Arbeit und Schule betrafen. Schwarze Menschen und Rom*nja, die ebenfalls unter den aus der Ukraine Geflüchteten waren, waren dabei häufiger von Diskriminierung betroffen als andere Gruppen.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle erreichten mit 239 ihren Höchststand seit Dokumentation der Registerstellen (2021: 199). Das ist für dieses Themenfeld beachtlich, denn bis 2020 war es von Polizeipressemeldungen gegen schwule Männer geprägt, die seit 2021 aufgrund von Datenschutzproblemen nicht mehr von der Polizei an Dokumentationsstellen übermittelt werden können. Durch Meldungen aus zivilgesellschaftlichen Quellen stiegen die Vorfälle trotzdem an. Zwei Drittel der Vorfälle richteten sich 2022 gegen trans (81 Vorfälle) und queere (79 Vorfälle) Menschen, 55 Vorfälle gegen schwule Männer. Darunter sind körperliche Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen, Aufkleber extrem rechter Organisationen, Diskriminierungsfälle und sogar Veranstaltungen. Die geplante Abschaffung des Transsexuellengesetzes, das seit 1981 gilt und der Ersatz durch das Selbstbestimmungsgesetz für trans- und intergeschlechtliche Menschen heizte die Gemüter an, was zum Anstieg transfeindlicher Vorfälle führte.

Kati Becker, Koordinatorin der Berliner Registerstellen kommentiert die gestiegenen transfeindlichen Vorfälle: „Wertkonservative Akteur*innen verbreiten Falschinformationen, um die Vorstellung das Geschlecht sei unveränderbar, weiterhin zu zementieren. Von der gesellschaftlichen Akzeptanz für homo- und bisexuelle Menschen profitieren trans und intergeschlechtliche Menschen aktuell noch nicht. Sie organisieren sich zunehmend, sind dadurch sichtbarer geworden, aber auch angreifbarer. Weil diese Gruppe von Menschen sehr klein ist, braucht sie die öffentliche Unterstützung aller, die den Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit in der diversen Gesellschaft falsch finden.“

Die Berliner Register dokumentieren neben gewalttätigen Angriffen und massiven Bedrohungen auch andere Vorfälle wie zum Beispiel Propaganda-Delikte und Beleidigungen. Ziel der Register ist es, alltägliche Formen von Diskriminierung sichtbar zu machen, um rechtzeitig Impulse für die Entwicklung von Gegenstrategien zu geben.

Kontakt: Kati Becker, Koordination Berliner Register, Tel: 0152 - 04 42 57 46, E-Mail: info@berliner-register.de

Die Koordination der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH.



Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.

